

NACHRICHTEN

TREIBNETZVERBOT

Schweinswal-Schutz in Mexiko



Schweinswal Foto: dpa

MEXIKO-STADT | Mexiko hat den Fischfang mit Treibnetzen im Golf von Kalifornien verboten, um das Aussterben der dort lebenden Kalifornischen Schweinswale zu verhindern. In freier Wildbahn gibt es nur noch knapp 30 dieser extrem seltenen Meeressäuger. Seit 2015 galt ein vorläufiges Verbot, das aber vielfach nicht beachtet wurde. Ohne weitere Schutzmaßnahmen werde die Art 2018 komplett ausgestorben sein, schätzt der WWF. Unter anderem Hollywood-Star Leonardo DiCaprio hatte sich stark für den Schutz der Tiere eingesetzt. (dpa)

BREMSSYSTEME

VW ruft 385.000 Autos zurück

FRANKFURT | VW ruft einem Bericht zufolge Autos in die Werkstätten zurück. In Deutschland seien davon 385.000 Autos betroffen, berichtete die Zeitschrift *kfz-betrieb*. Grund sei ein Software-Update bei Bremsregelsystemen. Betroffen sind demnach mehrere Modelle von VW und Skoda. „Die Stabilisierungsfunktion des Fahrzeugs über das Bremsregelsystem kann in dynamischen Grenzsituationen, wie zum Beispiel Übersteuern, Untersteuern oder Vollbremsungen, nicht mehr gegeben sein“, hieß es. (rtr)

ATOM- + ENERGIEWIRTSCHAFT

USA warnen vor Hackerangriff

WASHINGTON | Die US-Regierung warnt die Industrie vor Hackerangriffen auf Atom- und Energiefirmen. Das geht aus einem Bericht des Heimatschutzministeriums und des FBI hervor. Darin werden bestimmte Angriffe beschrieben, ohne allerdings die Namen betroffener Firmen zu nennen. In manchen Fällen sei es den Angreifern gelungen, die Netzwerke der Opfer zu beeinträchtigen. Die Hacker seien mittels Phishing-Mails an Anmeldedaten gelangt und hätten sich so Zugang zu den IT-Systemen verschafft. (rtr)

JOBVERLUST BEI ZUGBAUER

Bombardier handelt Sozialplan aus

BERLIN | Der Zugbauer Bombardier will in gut zwei Monaten einen Sozialplan für die 2.200 Beschäftigten aushandeln, die im Zuge der Umstrukturierung ihren Arbeitsplatz verlieren. „Wir wollen bis September fertig sein“, sagte Deutschlandchef Michael Fohrer dem Berliner *Tagesspiegel*. Das Unternehmen will bis zum Jahr 2020 etwa jede vierte der 8.500 Stellen in Deutschland abbauen. Bombardier Transportation schreibt zwar schwarze Zahlen, macht in Deutschland aber Verlust. (dpa)

ZAHL DES TAGES

Wir sagen nur: E-Banking

Herumlaufende Irre, die verloren mit ausgestreckten Bankkarten durch leere Innenstädte irren, immer auf der Suche nach Möglichkeiten, die Karten endlich irgendwo reinzustecken? Kein realitätsfernes Bild, sagt die Commerzbank. Die rechnet fest damit, dass bundesweit noch etliche Bankfilialen schließen werden – **30 Millionen Kunden** ohne Bankfiliale! Eine Welt ohne Banken! Gar nicht übel, eigentlich.

30 Mio.

24 Milliarden Euro für Abfall

ATOM II Heute ist Zahltag für die AKW-Betreiber – der Zahltag für den Staat kommt wohl später

BERLIN dpa | An diesem Montag ist Zahltag für Deutschlands Atomkonzerne: Sie müssen zusammen rund 24 Milliarden Euro in einen staatlichen Entsorgungsfonds für die Zwischen- und Endlagerung des Nuklearmülls einzahlen. Die vier Energieriesen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall wollen die gewaltige Summe auf einen Schlag aufbringen – für eine theoretisch bis Ende 2026 mögliche Ratenzahlung hätte der Staat satte Zinsen von 4,58 Prozent pro Jahr kassiert. Mit der Überweisung

übernimmt der Staat die möglichen weiteren Risiken für die End- und Zwischenlagerung des Atommülls. Allerdings bleiben die Konzerne für Stilllegung und Abriss der Kernkraftwerke sowie die Verpackung des Mülls verantwortlich. Das Geld fließt in einen von Investment-Spezialisten verwalteten Fonds, der künftig an Wert zunehmen soll und aus dem die Kosten vor allem für das geplante Atomendlagerung beglichen werden sollen. Ob das Geld dafür reicht, ist bislang noch nicht klar.

EasyJet erhöht Gebühren ohne Vorwarnung

VERKEHR Die Fluggesellschaft verschweigt, dass Aufgabegepäck je nach Buchungstag teurer wird

BERLIN taz | Der Billigflieger easyJet erhöht die Preise für Aufgabegepäck kurz vor dem Abflugtermin, ohne die Kunden über diese Möglichkeit zu informieren. Bei einem Test der taz Anfang Juni kostete die Anmeldung eines Gepäckstücks auf der Internetseite des Unternehmens zwei Tage vor Abflug rund 34 Euro. Einige Wochen vorher hatte easyJet die gleiche Leistung auf demselben Flug für 26 Euro angeboten. In seiner Gebührenliste aber erwähnte easyJet diese Möglichkeit nicht.

„Im Schnitt werden die Produkte von easyJet teurer, je näher der Abflugtermin ist“, teilte die Firma dazu mit. In der Gebührenliste hieß es allerdings nur, dass die Gebühren „je nach gewählter Flugstrecke“ und dem Ort der Buchung (online oder Schalter am Flughafen) variieren. Wer Geld sparen will, muss also auf Flexibilität verzichten und das Gepäck möglichst früh anmelden.

Den Vorwurf der Irreführung von Kunden durch unvollständige Information wies easyJet zurück. Schließlich sei die in der Gebührenliste angegebene Preisspanne nicht überschritten worden. Auf die Tatsache, dass dort nicht alle Faktoren für Preisschwankungen erwähnt sind, ging das Unternehmen nicht ein.

Verbraucherschützer halten das für möglicherweise gesetzwidrig. „Airlines müssen ihre Preisangaben im Internet für den Kunden transparent, also klar und verständlich gestalten“, sagte Sabine Fischer-Volk, Rechtsreferentin der Verbraucherzentrale Brandenburg. Aus der Gebührentabelle für die Aufgabe von Gepäck müsse zweifelsfrei hervorgehen, „welcher konkrete Preis bei Eintritt einer konkreten Bedingung (Buchungszeitpunkt, Länge der Strecke, Buchungsweg) zu zahlen ist.“

Wenn das nicht der Fall ist, könnte eine Irreführung vorliegen, die laut Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verboten ist. Die Verbraucherzentrale prüfe nun, ob sie easyJet deshalb abmahnt.

JOST MAURIN



„Fly like an eagle/ Let my spirit carry me“ Foto: reuters

Verstrahltes Geld stinkt nicht

ATOM I Der Bund ist Mitbesitzer von belgischen Schrottmeilern. Pensionsfonds hält Aktien von 6,4 Millionen Euro – Hendricks will sich jetzt von Anteilen trennen

AUS GÖTTINGEN REIMAR PAUL

Die belgischen AKW Tihange 2 und Doel 3 stehen wegen Pannen und Rissen in den Reaktordruckbehältern in der Kritik. Vor einer Woche forderten 50.000 Demonstranten die Abschaltung der Meiler. Auch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will, dass die beiden Blöcke vom Netz gehen. Allerdings werden Doel und Tihange von deutschen Fabriken mit frischen Brennstäben beliefert. Nun wurde bekannt, dass der Bund über seinen Pensionsfonds selbst an der Betreiberfirma beteiligt ist.

Wie die *Aachener Zeitung* am Wochenende allerdings berichtete, halten die Sondervermögen „Versorgungsrücklage“ und „Versorgungsfonds“ des Bundes Aktien im Wert von insgesamt 6,4 Millionen Euro an dem Betreiberkonzern Engie-Electrabel. Das Blatt berief sich auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage von Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer.

„Es ist unglaublich, einerseits die Stilllegung der Schrottreaktoren Tihange und Doel in Belgien zu fordern, andererseits eine Beteiligung am Betreiber Engie zu halten“, sagt Krischer. Er wirft der Bundesregierung Bigotterie vor, weil Hendricks ein Abschalten der Reaktoren fordert, aber Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sich „über die Gewinne aus diesem russisch Roulette freut“.



Zwei-Personen-Menschenkette in Angesicht des Meilers F.: Eric Vidal/reuters

Hendricks sagte der Zeitung, sie habe „bisher keine Kenntnis davon, dass der Bund über seinen Pensionsfonds indirekt an dem Betreiber der Reaktoren in

Doel und Tihange beteiligt sein soll“. Treffe das zu, werde sie sich innerhalb der Bundesregierung dafür einsetzen, „dass wir uns unverzüglich von den

deutschen Anteilen trennen“. In Nordrhein-Westfalen war bis vor Kurzem ebenfalls der Pensionsfonds an Engie-Electrabel beteiligt. Nach Protesten hatte das Land diese Anteile verkauft. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung beschloss am Freitag, sich für das Abschalten von Tihange 2 und Doel 3 starkzumachen. Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP fordern zudem einen Stopp von deut-

Hendricks fordert das Abschalten, Schäuble freut sich über die Gewinne

schen Brennelementelieferungen an die belgischen Risikoreaktoren.

Die Sicherheit der beiden AKW steht infrage, seit Techniker bei Ultraschalluntersuchungen Tausende feine Risse an den Druckbehältern entdeckten. Sie waren zunächst wenige Millimeter groß, inzwischen sind Risse von bis zu 17,2 Zentimetern dokumentiert. In den vergangenen Jahren ereigneten sich in Tihange und Doel auch ethische Störfälle. Infolge von Bränden und Ausfällen von Kühlwasserpumpen mussten die Reaktoren mehrfach notabgeschaltet werden. Die *Wirtschaftswoche* nannte für Tihange einen „Störfallkatalog, neben dem sich der ‚Herr der Ringe‘ wie ein Reclam-Heft ausmacht“.

Kläranlagen zu Bergwerken

ROHSTOFFE Phosphor ist wertvoll und knapp. Künftig wird er aus dem Abwasser herausgefiltert

BERLIN taz | Klärschlamm darf nicht mehr auf den Acker – und die Kläranlagen müssen den wertvollen Phosphor aus ihm herausfiltern. Das sieht die neue Klärschlammverordnung vor, die der Bundestag Ende vergangener Woche beschlossen hat. Fast zehn Jahre lang hatten Abgeordnete und Verbände darüber gegrübelt, wie sich der Zielkonflikt „Umweltschutz versus Ressourcenschutz“ lösen ließe: Einerseits enthalten die rund zwei Millionen Tonnen Klärschlamm, die jährlich in Deutschland anfallen, viele Schadstoffe, etwa Schwermetalle und Medikamentenrückstände; darum gab es Bedenken, ihn weiter auf Felder und Äcker zu kippen. Andererseits enthält der Schlamm

Phosphor; das wichtige Düngemittel gilt der EU-Kommission als knapper Rohstoff. Einfach nur verbrennen und entsorgen war also auch keine Lösung.

Mit langen Übergangsfristen von bis zu 15 Jahren müssen die Kläranlagen sich nun dafür ausrüsten, den Phosphor aus dem Schlamm herauszufiltern. Derzeit arbeiten zahlreiche Versuchsanlagen daran: Einige gewinnen den Phosphor aus dem Klärschlamm zurück, in anderen wird der getrocknete Schlamm verbrannt und der Phosphor aus der Asche extrahiert.

Langfristig würden sich vier bis fünf Technologien als praktikabel und bezahlbar herausfiltern, sagt Daniel Frank, Geschäftsführer der Deutschen

Phosphor Plattform. Die neue Verordnung sei „hilfreich“, denn künftig sei es möglich, wirtschaftlich Phosphor zurückzugewinnen. „Natürlich ist das erst der Anfang“, so Frank, „als Nächstes müssen wir an die Gülle aus der Landwirtschaft ran.“

Um die 82.000 Tonnen Phosphat importiert Deutschland jährlich, vor allem aus Marokko, China und den USA. 40 Prozent davon ließen sich durch zurückgewonnenes Phosphat aus Klärschlamm ersetzen, schätzt das Bundesforschungsministerium. Der Verband der Kommunalen Unternehmen (VKU) fordert, die Kläranlagen müssten die entstehenden Mehrkosten auf die Abwassergebühren aufschlagen dürfen. Berechnungen des Umweltbundesamtes gehen

von Mehrkosten von 30 Cent bis 4,30 Euro pro Einwohner im Jahr aus, je nach Technik und Voraussetzungen der Anlage. Laut einer Umfrage des VKU rechnen zwei Drittel aller Mitglieder mit „erheblichen Kosten“.

Trotzdem findet die Verordnung breites Wohlwollen. Wirtschaftsverbände wie der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft sind froh, dass es endlich Planungssicherheit gebe. Die Opposition stört sich nur an Ausnahmen für kleine Kläranlagen und findet es „gut, dass die Phosphorrückgewinnung als Zukunftstechnologie angegangen wird“, so der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Peter Meiwald. **HOL MEINUNG + DISKUSSION SEITE 8**